

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaaltene Kolonell-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Besammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

**Verantwortlicher Redakteur:** Emil L., Nr. 1508.  
**Telegraphen-Adresse:**  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. März 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

## Die Orientfrage, das Europäische Konzert und Rußland.

Von G. M. Gynman.

London, Mitte März.

Nach einigen liberalen und radikalen, und selbst einigen konservativen Blättern Englands zu urtheilen, könnte man auf dem europäischen Festland zum Glauben gelangen, daß die große Masse des englischen Volkes von einem glühenden Wunsche, das türkische Reich zu zertrümmern, erfüllt sei; und daß im gegenwärtigen Augenblick das Herz unserer ganzen Nation vor Begierde brenne, einen Krieg zu führen, um Kreta jener Segnungen des Homerale zu berauben, welche die Mehrzahl unserer Liberalen und Radikalen für Irland fordert. Die Wahrheit ist aber, daß in Großbritannien sehr wenig Aufregung um Kreta und Griechenland besteht. Kein Zweifel, der Eindruck ist allgemein, daß Griechenland einen leichten Schicksal gemacht hat, und niemand wünscht, daß dem bankrotten und erbärmlich regierten Zwergländchen allzu hart mitgespielt werde wegen seines Jameson'schen Einbruchs (raid) in die unruhige Insel, deren Geschichte seit den Tagen des Polybios eine ununterbrochene Kette von Aufruhr und Bürgerkrieg ist. Aber von diesem Wunsch bis zu dem Wunsch, Europa in einen Krieg zu stürzen, ist ein weiter, weiter Weg; und gar daß England selbst Krieg führe, das ist ein Gedanke, der auch den wildesten Salon-Eisenstreichern des „Daily Chronicle“ und des „Star“ eine Gänsehaut bereitet. Die hysterischen Zeitungsschreiber, die Abend für Abend und Morgen für Morgen mit ihrer unbändigen Liebe zu Griechenland uns die Ohren betäuben und die arme englische Sprache vergewaltigen — sie haben nur einen ersten Gedanken: die Zahl der Käufer ihres Blattes zu vermehren. Geschäft und nichts als Geschäft. Thatsächlich ist da: viel Geschrei und wenig Wille.

Diese ganze bröhnende Agitation um Armenien und Kreta hat auf die öffentliche Meinung und das echte Gefühl der Massen kaum nennenswerten Einfluß. Die sensationelle Klage wird von dem gesunden Sinn des Volkes richtig gewürdigt. Die Tage des „Bulgarischen Greuel“-Schwindels sind vorüber — mit solchen Mitteln läßt sich keine „nationale Bewegung“ mehr in Szene setzen.

Auf der andern Seite ist es unmöglich zu leugnen, daß Lord Salisbury, seit seiner Rückkehr in die Regierung vor mehr als 18 Monaten, sein Neuhäufes gethan hat, um die traditionelle (überlieferte) Politik Großbritanniens der Türkei gegenüber auf den Kopf zu stellen; und daß er sich auf seine Intriguen mit den Griechen und Armeniern und auf die Unterstützung der radikalen Agitation verlassen hat, um den vollständigen Auseinanderbruch der Türkei anzubahnen. Sein persönlicher Angriff auf den Sultan in dem famosen Guildhall Meeting Ende 1895, war ein Stück wohlüberlegter Politik, welche Lord Salisbury erst ausgab, als ihm klar wurde, daß Rußland den Augenblick noch nicht für gekommen hielt, um in Kleinasien oder Europa zur entscheidenden Aktion zu schreiten. Wenn der erste Minister Englands mit einer fast beispiellosen Majorität im Haus der Gemeinen nachdrücklich und heftig eine beratige äußere Politik verfolgt, die ihm den rauschenden Beifall seiner erbittertesten Feinde auf dem Gebiet der inneren Politik einbringt, dann ist es natürlicher Weise sehr schwer, ihm erfolgreiche Opposition zu machen. Die nicht zustimmenden seiner eigenen Partei werden durch ihre Partei-Loyalität zurückgehalten, und die Liberalen und Radikalen des Nonkonformistischen (liberal-irischen) Bekenntnisses und die Russenfreunde der verschiedenen Spielarten finden zu ihrem freudigen Erstaunen, daß ihre Politik von den vertrautesten weltlichen und geistlichen Freunden des konservativen Oberhauptes ausgeführt und eifrigst verfolgt wird. Trotz alledem wurde die armenische Agitation von dem Lande sehr kühl aufgenommen, und als wir englischen Sozialdemokraten ihr entgegenzutreten, stießen wir auf sehr geringen Widerstand.

Man kann deshalb getrost sagen, daß die türkenfeindliche und russenfreundliche Politik Lord Salisbury's, wenn sie auch aus den angegebenen Gründen nicht so kräftig bekämpft worden ist, wie man sonst hätte erwarten können, doch in der Masse der Nation keinen Enthusiasmus erweckt hat. Und wie hätte das auch sein sollen? Der großen Mehrheit des englischen Volkes ist der russische Despotismus in den Tod verhaßt. Die Moskowiter-Autokratie hat hier Freunde nur unter den weiblichen Pfaffen und Tugendhuchlern, wie Dr. Creighton (Bischof von London) und Dr. Hugh Price Hughes, oder politischen Einfaltspinneln (ninnompoops) wie Mr. George E. Russell und Mr. Channing. Nur daß sich Lord Salisbury zu ähnlichen Anschauungen bekannt hat, giebt diesen Leuten einige Bedeutung. Die englische Opposition gegen Rußland entspricht auch nicht Besorgnissen wegen Indiens oder der ostasiatischen Gefahr. Die Volksmassen kümmern sich leider sehr wenig um Indien und China. Rein, der Antagonismus entspringt dem nationalen, mit unserem Volke verwachsenen Haß gegen den Despotismus in jeder Gestalt und dem instinktiven Gefühl, daß jeder Gewinn Rußlands ein Verlust der Demokratie ist. Durch die Thatsachen, welche seit Jahren ans Licht gezogen worden sind, ist es unserem Volke zu mehr oder weniger klarem Bewußtsein gekommen, daß in Rußland der schrecklichste Despotismus herrscht, und daß die Völker Rußlands in vieler Beziehung weit

brutaler unterdrückt und weit miserabler und korrupter regiert sind als die Völker der Türkei. Aus den Schriften Stepania's und anderer hat unser Volk gelernt, daß es wesentlich Rußlands Schuld ist, wenn ganz Europa im gegenwärtigen Augenblick ein ungeheures Heer- und Kriegslager ist. Wenn also Lord Salisbury wüthend auf die Türken loschimpft, davon redet: „England habe auf das falsche Pferd gewettet“ — eine schöne Sprache diese Sprache des Pferdestalls für den ersten Minister eines großen Reichs! — und vorschlägt, die prachtvollen, kampftüchtigen Volksstämme Anatoliens (Kleasiens), ohne sie um ihre Zustimmung zu fragen, unter das Joch des moskowitischen Polizei- und Militärsystems zu stellen — wenn Lord Salisbury unserem Volk solche Pläne aufdrängen will, wo soll da die Begeisterung herkommen?!

Trotz aller Lügen in den Zeitungen wissen die Leute doch sehr wohl, daß das türkische Volk die Armenier und andere Christen nicht mit der kaltblütigen Grausamkeit verfolgt, mit welcher die russische Regierung die Juden, die Studisten, und sogar russische Liberale und Männer der Wissenschaft verfolgt. Und was ist Armenien verglichen mit Polen?

Gegen dieses Freiheits- und kulturfeindliche und die ganze zivilisierte Welt bedrohende Rußland bildet die Türkei jetzt ein Bollwerk, an dem die weiteren Ausdehnungsversuche dieses brutalen Erobererstaates sich vorläufig brechen. Daß die Türkei heute schlecht regiert ist, das weiß man in den weitesten Kreisen, aber man weiß auch, daß dies vor allem die Schuld England's ist, das seit dem Krimkrieg seinen Einfluß in Konstantinopel nicht geltend gemacht, oder doch nicht im Interesse der Kultur und Reform geltend gemacht hat. Darum kann ich mit gutem Gewissen erklären: so unangenehm die orientalische Frage den Staatsmännern sein mag, John Bull, wie ich ihn kenne — und keiner in England kennt die breiten Volksmassen besser als ich — denkt nicht daran, sich von Lord Salisbury's unheilvollem Muckertum, oder von dem heuchlerischen Phrasenschein der nonkonformistischen Schmarotzer betören zu lassen und die Hand zur Stärkung Rußlands gegen Europa zu bieten.

Unglücklicherweise hat das im gegenwärtigen Moment nicht viel zu bedeuten. Die kritische Frage und der griechische Theaterstreik werden irgendwie überkleistert, von der türkischen Artischoke wird wieder ein Blatt abgeschält werden. Aber Rußland bleibt die dominierende Macht in Europa, und auf Rußland werden die reaktionären Monarchen und Staatsmänner auch fortan, wie im Jahre 1848, als auf die Macht schauen, von der allein sie noch Schutz vor der steigenden Fluth der Demokratie und des Sozialismus zu erhoffen haben. Einen wachsenden Despotismus, wie den Rußlands, gegen einen verfallenden Despotismus, wie den der Türkei, deren Reform leicht ist, zu unterstützen, muß von demokratischen Standpunkt aus heiler Wahnsinn erscheinen. Und doch ist dies das, was die zwei Westmächte, die Rußland im Jahre 1854 zurückwarfen, in diesem Augenblicke thun. Ich kann nicht glauben, daß dieser Wahnsinn von Dauer sein wird, auch wenn die Türkei muhamedanisch ist und nicht christlich, und Elfaß-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich steht. Wahrlich Frankreich bezahlt die Hoffnung auf Revanche sehr theuer, wenn es die Kosten der russischen Armee bezahlt; und sehr theuer bezahlt das englische Volk die Mühen und Muckereien seiner christlichen Regierung, wenn es den größten Feind des politischen Fortschritts in der Welt kräftigen hilft. Was Deutschland und Oesterreich betrifft, so ist das Interesse der Völker — die Regierungen mögen denken wie sie wollen — offenbar und entschieden gegen jede Politik, welche das riesige organisierte Barbarenthum stärkt, das mit zunehmender Wucht auf ihre Grenzen drückt.

In der russenfreundlichen unterwürfigen Haltung der Regierungen liegt die Gefahr; und diese Haltung giebt denjenigen Engländern ein starkes Argument, welche, weil sie das vollständige Fiasko unserer europäiserten Regierung in Indien kennen, — die Besetzung Egyptens durch unsere Truppen mißbilligen, alle tropischen Kolonien für unentzerrlich mit einem demokratischen Regierungssystem halten und für die Forderung eintreten, England solle sich, gleich den Vereinigten Staaten von Nordamerika, von allen europäischen Verwicklungen zurückziehen und seine ganze Kraft darauf konzentriren, daß unsere übrigen, von unserer eigenen Masse bevölkerten Kolonialbesitzungen konsolidiert und zu einem großen Ganzen zusammengefügt werden. Das wäre eine sehr selbststichtige Politik — wer will es leugnen? Aber es ist die Politik, zu welcher sich England aller Wahrscheinlichkeit in der nächsten Zukunft entschließen wird, wenn die Staaten des Festlandes fortfahren, vor Rußland den Bauchtan zu verüben. Lord Salisbury dauert nicht ewig. Seine Gesundheit läßt viel zu wünschen übrig. Ebensovienig wird die jetzige, sehr gemischte Unterhaus-Majorität ewig dauern. Inzwischen wird aber die Politik eines Britischen Kolonialbundes in einer oder der anderen Gestalt von allen Parteien verfolgt, und er wird zur Ausführung gelangen. Ein Rückzug, oder richtiger ein Austritt aus dem europäischen „Konzert“ — oder sagen wir: ein Verzicht auf die Theilnahme an den europäischen Angelegenheiten, so weit wir nicht unmittelbar berührt sind, wäre den Trägern dieser Politik recht annehmbar. Rein Sozialdemokrat kann glauben, daß dieser Schritt ein Gewinn für England

und die Welt wäre. Es ist unsere Pflicht, unter Benützung der Presse, über die wir verfügen, und der Vortheile, die unsere geographische Lage uns bietet: Schulter an Schulter mit den übrigen zivilisierten Völkern dahin zu streben, daß die Orientfrage und andere bedrohliche Fragen friedlich gelöst werden. Der „Halbmond Europas“, von dem wir seit einiger Zeit so viel Schlechtes gehört, scheint auseinanderzubrechen. Wäre es nicht eine vernünftige Politik für alle Demokraten — gar nicht zu reden von Sozialisten —, auf die Herstellung eines europäischen Konzerts mit Ausschluß Rußlands hinzuwirken, anstatt zu dulden, daß das Spiel unseres gefährlichsten Feindes gespielt wird, indem man die schmerzlichsten Verleumdungen und Beschimpfungen über die mohamedanische Türkei ausgießt, während man sich weigert, Verträge auszuführen, die in der ausdrücklichen Absicht, die türkische Regierung zu reorganisiren und reformiren, abgeschlossen worden sind? Nach dem Urtheil der höchsten militärischen Autoritäten ist die Armee Rußlands sehr wenig werth und liegt der Grund des russischen Uebergewichts einzig darin, daß die europäischen Mächte keinen Augenblick vollkommen einig sind und jeden Augenblick mit einander gerathen können, wodurch die russische Bureaukratie in stand gesetzt wird, alles, was sie erreichen will, ohne Krieg zu erreichen. Wären die einzelnen Mächte in der Lage, ohne Furcht vor einander frei über ihre Kraft zu verfügen, so könnte jede einzelne spielend mit dem gemeinsamen Feind fertig werden.

Hiergegen wird von einigen Seiten der Einwand erhoben, es sei jetzt zu spät, eine solche Politik durchzuführen. Die letzte Chance sei 1878 gewesen, und damals sei sie zurückgewiesen worden. Wir scheinen das ein politischer Fatalismus schlimmster Art — nicht minder verderblich, als der Fatalismus jener, die glauben, daß russische Uebergewicht im Osten sowohl wie im Westen sei unabwendbar. Was die Völker Europas jetzt entschlossen sind zu thun, das können sie in der Hauptsache durchsetzen, ob die Regierungen wollen oder nicht. Und sicherlich wird Gutes aus Bösem kommen, wenn die gegenwärtigen Wirren im Orient die wachsenden Demokratien Englands, Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs und Italiens zu der Einsicht bringen, daß Rußland gegenwärtig zu den übrigen Mächten Europas fast genau dieselbe Stellung einnimmt, wie einst Makedonien zu dem griechischen Amphiktyonen-Bunde.)

## Politische Uebersicht.

Berlin, 24. März 1897.

**Aus dem Reichstage.** Bei sehr geringer Besetzung des Hauses wurde heute die zweite Lesung des Marine-Gesetz zu Ende geführt. Unser Genosse Herbert brachte das Unglück auf der „Brandenburg“ zur Sprache, wo bei der Probefahrt Dampfrohre platzen und mehrere Bedienstete tödtlich verunglückten. Unser Redner tabelte besonders, daß man schließlich untergeordnete Elemente zur Verantwortung zog, während man die eigentlich Schuldigen laufen ließ. Vom Marine-Amt wurde diese Annahme natürlich auf das entschiedenste zurückgewiesen.

Der nationalliberale Abgeordnete Kruse beklagte, daß Offiziere und Beamte der Werft es vermeiden, in Wilhelmshaven zu wohnen, weil sie dort zu den Schullasten beigezogen werden.

Ebenso beschwerte sich der Abg. Dingens darüber, daß den Schiffsjungen nicht genug Religion eingepaukt werde.

Münsterer wurden die Verhandlungen, als von dem Abg. Meyger eine Reihe von Mißständen auf der Wilhelmshavener Werft zur Sprache gebracht wurden. Von den Vertretern des Reichs-Marine-Amtes wurden die Beschwerden theilweise bestritten, theilweise aber Unkenntniß der Fälle vorgeschützt. Genosse Meyger lud, darauf die Herren ein, sich bis zur dritten Lesung zu informieren, dann werde man weiter debattiren können.

Das antisemitische Infant terribile, Dr. Vielhaben, brachte hierauf die angeblichen Verfolgungen der Arbeiter Lorenzen und Gehlert auf der Kieler Werft zur Sprache, wo unsere Kieler Genossen einen schmähhchen Terrorismus ausgeübt haben sollen. Diese Aeußerung führte zu einer sehr umfangreichen Debatte über den „Terrorismus“ der Sozialdemokratie, an der sich außer den Vertretern des Marine-Amtes die Abgeordneten Vielhaben, Liebermann von Sonnenberg, Dr. Förster, Stumm, Köfide und von unserer Seite wiederholt Genosse Auer beteiligten. Besonders hervorgehoben zu werden verdient das Rencontre zwischen dem Leiter des Marine-Amtes und dem Scharfmacher Stumm. Letzterer hat nämlich auch an den Werftverwaltungen auszuweisen, daß man sozialdemokratische Arbeiter nicht grundsätzlich ausschließen, holte sich aber von Herrn von Hollmann eine Abfuhr, die wohl tiefer liegende Gründe wie Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Sozialdemokraten hat. Herr von Stumm hat mit seiner Ohrenbläse und Scharfmacherei es eben nachgerade überall verdrorben.

Nach diesem Intermezzo wurde der Marine-Gesetz ohne Unterbrechung zu Ende geführt.

Nächste Sitzung Freitag.

\*) Durch die Uneinigkeiten der Griechen kamen sie unter das makedonische Joch.













